



ÖDP Landesverband Berlin

Landespolitisches Programm für Berlin

*„Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt
morgen aussieht.“*

(Marie von Ebner-Eschenbach)

Inhaltsverzeichnis

Klimaneutrales Berlin	3
Mobilitätswende jetzt – Mobilitätsgesetz umsetzen, ÖPNV ausbauen	5
Gemeinwohlökonomie für Berlin	7
Demokratie fördern – Berlin transparent und bürgernah	13
Berlin – sozial und solidarisch	15
Berliner Abfallwirtschaft und öffentliches Wassermanagement	19
Mobilfunk – gesundheits- und umweltverträglich sowie datenschutzkonform gestalten	24
Impulse für Bildung, Kultur und Freizeit setzen	26



Klimaneutrales Berlin

Rettet das Klima – jetzt!

Die Klimakatastrophe ist real und muss konsequent bekämpft werden – auch in Berlin. Um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens von 2015 noch zu erreichen, muss Berlin spätestens im Jahr 2030 klimaneutral werden und nicht erst im Jahr 2050, wie es die Senatsverwaltung aktuell vorsieht. Berlin hat erheblichen Nachholbedarf beim Klimaschutz. Dies wird insbesondere beim Thema Kohlenutzung sichtbar, denn aktuell laufen in Berlin noch Kohlekraftwerke für Strom- und Wärmebereitstellung. Die Umstellung auf andere Erzeugungsarten muss beschleunigt werden, um Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen. Dies schließt auch die Beendigung der Nutzung fossilen Erdgases mit ein. Der Ausstieg aus der Braunkohleförderung im Land Brandenburg muss auch durch das Land Berlin unterstützt werden.

Klimawandel wirklich ernst nehmen: Berlin ist eine grüne Stadt, aber fast alle Straßenbäume leiden auch an den Folgen des Klimawandels. Bisher bei uns heimische Baumarten werden hier nicht überleben. Der Klimawandel ist also ein dramatischer Fakt, der auch Berlin jetzt schon betrifft.

Die ÖDP Berlin unterstützt die Forderungen des Masterplans Solarcity und fordert eine konsequente und rasche Umsetzung der geplanten Maßnahmen.

Wir stellen uns beim Thema Klimawandel hinter die Forderungen der Bewegungen „Fridays for Future“ und „Scientists for Future“.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Bereiche der Daseinsvorsorge gehören wieder in die öffentliche Hand. Dazu gehört auch die Energieversorgung der Stadt. Bestrebungen der Rekommunalisierung und die Bildung eines kommunalen Stadtwerkes werden begrüßt. Eine erneute Privatisierung dieser Bereiche soll für die Zukunft ausgeschlossen werden.
- Raus aus der Kohle bis 2030 und flächendeckender Ausbau von Photovoltaik- und Solaranlagen durch Abbau bürokratischer Hürden. Photovoltaikanlagen auf allen Dächern öffentlicher Gebäude könnten hier einen relevanten und sichtbaren Beitrag leisten.
- Energieeinsparpotenziale ausschöpfen und den Energieverbrauch deutlich senken: Abschaltung gewerblicher Beleuchtung im Außenbereich zwischen 23 Uhr und 6 Uhr.
- Klimaneutralität im Gebäudesektor durch Sanierung des vorhandenen Gebäudebestands, ohne dabei die Mieter finanziell mehr zu belasten.
- Wärmewende bei Altbauten vorantreiben. Neubauten am gesetzlichen Plusenergiehaus-Niveau anlehnen, für eine bezirksweise Versorgung mit erneuerbarer Energie.
- Alle neu geplanten Investitionen der Stadt Berlin müssen an den CO₂-Einsparpotenzialen ausgerichtet werden.



Mobilitätswende jetzt – Mobilitätsgesetz umsetzen, ÖPNV ausbauen

Der Klimawandel und die begrenzte Fläche in einer immer dichter besiedelten Stadt machen es dringend notwendig, über eine gerechte Verteilung der städtischen Räume neu nachzudenken. Öffentliche Flächen müssen zu einer lebenswerten und klimagerechten Stadt beitragen.

Die ÖDP will Mobilität gesundheitlich, sozialverträglich und ökologisch neu denken und damit „enkeltauglich“ gestalten. Der Anteil des Autoverkehrs, der unsere Luft verschmutzt, muss zugunsten von schadstoffarmen Alternativen wie Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV verringert werden. Wir brauchen keine autogerechten, sondern menschengerechte Städte! Hierfür die richtigen städtebaulichen Rahmenbedingungen zu schaffen ist Aufgabe des Senats.

Die ÖDP verfolgt eine klare Linie: Motorisierter Individualverkehr soll so weit wie möglich vermieden, unvermeidbarer Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert und der übrige Verkehr umweltverträglicher, gesünder und leiser gestaltet werden.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Ausbau des ÖPNV, dazu auch S- und Regionalbahnverkehrs ins Berliner Umland entsprechend des Zielkonzeptes des „Bündnis Schiene Berlin Brandenburg“ (BSBB).
- Radverkehrssteigerung durch den Umbau von Verkehrswegen für mehr und sicheren Radverkehr. Endlich ein ökologisch und ökonomisch nachhaltiges Verkehrskonzept!
- Nutzung der Expertise und Beratung von Fachverbänden wie adfc, VCD und Bürgerinitiativen.
- Errichtung von sicheren und regengeschützten Parkhäusern für Fahrräder an ÖPNV-Umsteigebahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten.
- Einführung einer sozialverträglichen City-Maut.
- Verdichtung der Takte des ÖPNV.
- Mehr kostenlose P+R Parkplätze in der Peripherie.
- Keine Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn! Sofortige Rücknahme der Ausschreibung der Berliner S-Bahn. Die ÖDP Berlin schließt sich den Forderungen der Bürgerinitiative „Gemeingut in Bürger/-innenhand“ an.



Gemeinwohlökonomie für Berlin

Die ÖDP Berlin setzt sich für die Erhöhung der Lebensqualität für alle ein. Die einseitige Ausrichtung der Politik auf Wirtschaftswachstum stellt die Stadt vor gravierende Probleme.

Die Belastung von Luft und Wasser nimmt zu, der Druck auf die verbliebenen Grünflächen ist immens und Wohnraum wird für die Mehrheit zur unerschwinglichen Mangelware. Eine lebenswerte Wirtschaft heißt: nachhaltig, gesund, sozial und regional. Ewiges Wachstum gibt es nicht; wir müssen uns auf eine Postwachstumsökonomie vorbereiten. Unser Ziel ist eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang, ohne Profitgier, ohne soziale Ausgrenzung und ohne Umweltzerstörung: eine ökosoziale Marktwirtschaft. Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Wirtschaft!

Wir wollen eine andere Wirtschaftspolitik, die heute und morgen fair zu allen Menschen ist. Ein lebenswertes Berlin benötigt eine Stadtverwaltung und städtische Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen, die qualitativ hochwertige Leistungen für die Berliner Bevölkerung erbringen und dabei Aspekte der Gemeinwohlökonomie berücksichtigen.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Berlin muss Stadt der Gemeinwohlökonomie werden. Als Vorreiter einer ethisch-sozialen Wende, in der das Wirtschaftswachstum nicht mehr die zentrale Rolle einnimmt und progressive Wohlstandsindikatoren einführt, wie sie von der Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) vorgeschlagen sind. Dazu zählen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Klimaschutzaktivitäten, Arbeitsplatzsicherheit, Mitbestimmungs- und Vermögensbildungsaktivitäten, ethisches Beschaffungsmanagement, Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung.
- Ehemals öffentliche Güter der allgemeinen Daseinsvorsorge gehören ausnahmslos wieder in die öffentliche Hand.
- Handelsketten, die unter ausbeuterischen oder menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen ihre Produkte herstellen lassen, sind insbesondere in Krisenzeiten von wirtschaftlichen Hilfsprogrammen auszuschließen. Eventuell freiwerdende Ladenflächen und Gebäude sollen vorrangig für sozio-kulturelle Zwecke genutzt werden, die Integration und Inklusion in der Stadtgesellschaft fördern.
- Unternehmen, die zusätzlich zur herkömmlichen, ökonomischen Bilanz eine Gemeinwohlbilanz nach GWÖ-Richtlinien aufstellen und dabei Mindestergebnisse erzielen, sollen steuerliche Vorteile - wie z.B. einen um 50% ermäßigten Gewerbesteuer-Hebesatz - genießen.
- Regionale und kleine Betriebe fördern: Ziel der Arbeitsmarktpolitik bleibt es, die Arbeitsplätze in Berlin



dauerhaft zu sichern. Ziel ist ein möglichst hoher Anteil von unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Forderung nach einer Ausweitung der Existenzgründerprogramme und speziell Beratungsangebote für die Förderung von Existenzgründungen von Frauen. Die gültigen Gesetze zur Stärkung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und Vermeidung von Scheinselbständigkeit sind verstärkt durchzusetzen.



L(i)ebenswertes Berlin – sicher und bezahlbar wohnen

Berlin ist eine vielfältige Stadt. Unsere Demokratie und Gesellschaft leben von einer breiten Beteiligung und einem starken Miteinander. Die ÖDP fordert eine direkte und bürgernahe Politik, transparente Entscheidungen und konstruktiven Meinungs austausch über soziale und demographische Grenzen hinweg. Wir wollen Berlin als eine lebenswerte Stadt für alle Generationen gemeinsam mit allen Bürgern gestalten.

Die ÖDP setzt sich für ein faires Mietrecht ein. Wuchermieten und Immobilienspekulation zu Lasten der Menschen in dieser Stadt müssen verhindert werden. Es muss dringend in großem Umfang bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Städtische Flächen dürfen ausschließlich für den Wohnungsbau in städtischer und genossenschaftlicher Hand genutzt werden. Die Nachverdichtung darf nicht maßlos fortgesetzt werden und die bestehenden Grünflächen sowie Kleingärten gefährden. Wohnraum muss Vorrang vor Gewerbe- und Büroflächen haben.

Berlins Attraktivität ist ungebrochen. Statistiker rechnen mit kontinuierlichem Bevölkerungswachstum bis ins Jahr 2040. Der Immobilienmarkt dient oft mehr Anlegerinteressen als dem Bedürfnis von Menschen nach einem Zuhause. Wohnungsknappheit und steigende Preise waren bisher Folge einer unkoordinierten Wachstumspolitik, denen auch viele Freiflächen zum Opfer fielen. Die weiterhin wachsende Stadt und der Klimawandel sorgen für die Notwendigkeit, Grün- und Freiflächen zu erhalten, sowie gleichzeitig kostengünstigen Wohnraum zu schaffen.



Die ÖDP steht für eine nachhaltige Flächenpolitik und eine sozial gerechte Wohnungsbauentwicklung. Eine Wiederbelebung des jahrzehntelang vernachlässigten sozialen Wohnungsbaus in städtischer Trägerschaft ist dringend notwendig.

Eine sichere und lebenswerte Stadt benötigt auch eine angemessene Ausstattung von Polizei, Feuerwehr und Justizbehörden. Dies muss auch in Berlin gewährleistet sein.

Die Berliner Verwaltung muss schneller und effizienter werden. Hierfür müssen die Möglichkeiten von E-Governing genutzt und die Ausrüstung mit hoher Priorität gesteigert werden.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Zielbild: die Stadt der kurzen Wege. Gemischte, lebenswerte Quartiere schaffen.
- Wiederbelebung und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in städtischer Trägerschaft. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen gestärkt werden.
- Vorrangige Berücksichtigung von städtischen Wohnungsbaugesellschaften beim Verkauf von Flächen und Immobilien aus staatlichem Eigentum.
- Vermeidung weiterer Flächenverdichtung, brachliegende Industriebauten umwandeln zu Wohnraum, Bestandsschutz von Schrebergärten. Steuer zur Verhinderung von Bodenspekulation auf ausgewiesene Baulandbrachen.
- Nutzung des Tempelhofer Feldes auf der Basis des Berliner Volksentscheides: Erhalt der Fläche für die Öffentlichkeit als Freizeit- und Erholungsraum, keine Bebauung, jedoch Teilumwandlung des Flughafen-gebäudes in Wohnungen.
- Gleiche Rechtssicherheit für alle Kieze; die personelle und materielle Ausrüstung der Berliner Polizei, Feuerwehr und Justizbehörden muss gewährleistet sein. Weitere Präsenz im Kiez durch Kontaktbeamte sowie Radstaffeln auf die Straße.
- Kindergeld nicht mehr auf ALG2 anrechnen. Kein Profitstreben bei Kinderversorgung und Altenpflege, Finanzmittel für bessere Entlohnung.
- Förderung eines attraktiven Gesellschaftsdienstes für alle Jugendlichen, Erlernen sozialer Kompetenz und menschlicher Empathie.
- Wohnungs- und Obdachlosigkeit muss aktiv bekämpft werden.



Demokratie fördern – Berlin transparent und bürgernah

Das Handeln der Berliner Verwaltung muss transparent und nachvollziehbar werden. Aktive Veröffentlichung von online einsehbaren Akten hilft Bürgern, den Medien wie Initiativen, frühzeitig Einblick in das Handeln von Politik und Verwaltung zu erhalten und mitzugestalten. Die Berliner ÖDP unterstützt daher seit 2019 aktiv die Initiative „Berliner Transparenzgesetz“. Der im März 2021 vom Berliner Senat vorgelegte Gesetzentwurf für ein Berliner Transparenzgesetz, welches das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) ersetzen soll, reicht hierzu noch nicht aus. Wir schließen uns den Forderungen an und fordern Transparenz in allen Bereichen des städtischen Handelns, ohne Ausnahme.

Die ÖDP steht für unabhängige Politik, mutige Entscheidungen, frei von den Einflüssen von industriellen Lobbyverbänden. Parteien, die ihre politischen Entscheidungen durch Annahme von solchen Zuwendungen beeinflussen lassen, haben im Abgeordnetenhaus nichts mehr verloren.

Die ÖDP ist die einzige Partei in Deutschland, die seit ihrer Gründung ganz bewusst auf Unternehmensspenden verzichtet. Politik muss gemeinwohlorientiert und unabhängig von Geldflüssen und Einzelinteressen sein.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Schaffung eines Transparenzgesetzes, das diesen Namen verdient: ohne weitgehende Ausnahmetatbestände, die den Sinn des Gesetzes untergraben.
- Ermöglichung von mehr Partizipation: Einführung von Bürgerräten. Es gibt zunehmend weltweit Interesse an demokratischen Gremien, die nicht per Wahl, sondern per Zufall zusammengesetzt sind.
- Einführung der Dualwahl quasi einer „Ersatzstimme“ zur Wahl des Abgeordnetenhauses, Forderung nach verbindlichen Bürgerentscheiden.
- Geltendes BVV-Wahlrecht muss auch auf die Wahl zum Abgeordnetenhaus angewendet werden: Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie Einführung eines Wahlrechts für EU-Bürger/innen.
- Einführung eines Verbots für alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, Parteispenden von Unternehmen und Interessenverbänden anzunehmen.



Berlin – sozial und solidarisch

Berlin ist eine der lebenswertesten Städte der Welt mit bald vier Millionen Einwohnern. Eine pulsierende Metropole, die Menschen aus aller Welt anzieht. Berlin ist eine Stadt der Freiheit und der Chancen für Menschen, die hier ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe verwirklichen möchten. Diese Toleranz und Vielfalt ist Teil der Anziehungskraft unserer Stadt.

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass dies so bleibt und alle Berlinerinnen und Berliner, ob alteingesessen oder frisch zugezogen, auch in Zukunft gerne in Berlin leben!

Wir wollen eine Stadt, in der sich Menschen unterschiedlicher Kultur, Herkunft, Muttersprache, sexueller oder religiöser Orientierung sicher und wohl fühlen. Jeder Mensch soll in Berlin nach seiner Art glücklich werden - und in einer offenen Gesellschaft nicht für seine Lebensweise oder Überzeugungen diskriminiert werden. Wir wollen ein solidarisches, inklusives und weltoffenes Berlin.

Mitgefühl und die Verantwortung für sich selbst und für andere sind grundlegende Werte, die wir verfolgen. Um dies aufrechtzuerhalten oder in Teilen gar erst zu ermöglichen, setzt sich die Berliner ÖDP dafür ein, alle sinnvollen Präventionsmaßnahmen in sozialen und gesundheitlichen Bereichen wesentlich auszuweiten und zu verbessern. Bildung und Teilhabe für alle Generationen, denn Bildung schafft Chancengleichheit und wirkt inklusiv. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden durch wertschätzende und fördernde Begleitung für ein eigenständiges Leben in einer weltoffenen und nachhaltig wirksamen Gesellschaft vorbereitet. Die Sicherung von Bildung und Teilhabe aller muss in der Stadt



gewährleistet sein. Familien, Senioren, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung: Alle haben in der Stadtgesellschaft einen Platz.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Durchsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei allen öffentlichen Projekten. Ausbau von Sportstätten unter dem Gesichtspunkt der Inklusion, barrierefreier Zugang aller öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel.
- Texte müssen verständlich und leicht lesbar bleiben. Das Gendern amtlicher Schreiben ist auf wenige Höflichkeitsfloskeln zu begrenzen und darf nicht zu Grammatikfehlern (Partizip) führen.
- Förderung der Ansiedlung von Kinderärzten in unterversorgten Bezirken.
- Kaum ein Lebensbereich des Menschen ist durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung so stark gefährdet wie Familien mit Kindern. Deshalb ein einkommens-unabhängiges Erziehungsgehalt!
- Rückbesinnung auf Werte anregen, die sich nicht an Besitz und Konsum messen lassen. In Familien kann dieses Wertebewusstsein am besten vermittelt werden. Die Stadt muss Kinder als Träger unserer Gesellschaft von morgen mehr wertschätzen. Ausbau der Kinderspielstätten in allen Bezirken und Ausbau einer für Kinder sicheren Verkehrsinfrastruktur.
- Berlin als Hauptstadt sollte Vorbild werden in Sachen Nichtraucherschutz und Drogenprävention. Werbung jeglicher Art für alkoholische Getränke ist konsequent aus dem öffentlichen Raum und insbesondere aus den Medien zu verbannen. Darüber hinaus sind alle Tabakerzeugnisse und alkoholische Produkte grundsätzlich aus den Kassenbereichen der Lebensmittelgeschäfte zu entfernen und nur in dafür geschützten Bereichen auszustellen (räumliche Abtrennung). Die strengeren Regelungen für



- Raucher-Gaststätten im Berliner Nichtraucherchutzgesetz sollten auch auf die bislang gesetzlich privilegierten Shisha-Bars ausgeweitet werden.
- Die Zahl der Senioren in Deutschland steigt; in Berlin ist passender Wohnraum oft ein Problem. Genau deswegen brauchen wir mehr altersgerechte und bezahlbare Wohnungen.



Berliner Abfallwirtschaft und öffentliches Wassermanagement

100 Prozent Kreislaufwirtschaft ohne Greenwashing!

Ein nachhaltiger Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen kann nur mit maximaler Abfallvermeidung und einer Recyclingquote von 100 Prozent als oberstem Gebot erreicht werden. Ressourcen sparen und die Ausbeutung der Natur stoppen – das sind die Ziele einer ökologischen Kreislaufwirtschaft. Dabei sollte Berlin hier eine Vorreiterrolle einnehmen, denn derzeit liegt die Recyclingquote deutschlandweit nur bei etwa 31 bis 41 Prozent. Der übrige Anteil wird verbrannt, verschifft, deponiert oder unter Tage gebracht. So entstehen Dioxine und Altlasten anderenorts.

Berlin gilt mit seinen zahlreichen Gewässern mit umliegenden Grün- und Waldflächen als grüne Metropole in Europa. Nur mit einem ausgewogenen Wasserhaushalt sichert unsere grüne Lunge weiter die Filterung von Feinstaub und Schadstoffen aus der Luft und bewirkt durch Verdunstungseffekte eine Befeuchtung und Abkühlung im Sommer. Daher fordern wir eine zielgerichtete Neuausrichtung der Stadtentwicklungsplanung mit innovativen Speicher- und Entwässerungskonzepten als Antwort auf Starkregenereignisse sowie zur Sicherung des Wasserhaushaltes und des zukünftigen Trinkwasserbedarfs, die Anerkennung wie Erhalt des Tempelhofer Feldes als zwingend notwendige wichtige Frischluftschneise für die Innenstadtbereiche.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Pfand- und Rücknahmepflicht auf alle Einwegverpackungen und Wegwerfprodukte bis 2030, andernfalls ortsnahe Wiederaufbereitung – Ziel: 100 Prozent zirkuläre Wirtschaft mit Förderung von verpackungsfreien Geschäften.
- Beschaffung und Verwendung von 100 Prozent Recyclingprodukten und wiederverwendbaren Materialien in Stadtverwaltungen, städtischen Einrichtungen, stadteigenen Unternehmen und Partnern bis 2025.
- Kostenersparnisse für Kunden; Einführung eines IDENT-Systems mit transparenten Prüfmechanismen zur ordentlichen Abfalltrennung, Bezahlung nur notwendiger Leerungen.
- Modernisierung und Integration von innovativen Speicher- und Entwässerungsanlagen in das Netz der Wasserbetriebe, wie Pilotanlage in Adlershof mit einer Retentionsbodenfilteranlage.
- Besserer Schutz vor umweltschädlichen Emissionen in Berlin-Brandenburger Gewässern. Chemieunfälle bei Bränden in Gewerbegebieten sind konsequent zu verhindern, technische Nachrüstungen einzufordern. Kontaminiertes Löschwasser darf nicht in die Kanalisation gelangen. Mehr Trinkwasserschutz fördern, weiteres Fischsterben verhindern!
- Finanzielle Förderung von Schwammsystemen inklusive Einbindung von Dachentwässerung mit Bauwerksbegrünung zur vegetativen und nachhaltigen Wasserversorgung.



Biologische Vielfalt, nachhaltige Landwirtschaft und Tierschutz

Erfolgreiche Politik mit dem Volksbegehren zur Artenvielfalt und der Bienenrettung machten die ÖDP deutschlandweit bekannt. Unsere 47 landwirtschaftlichen Betriebe als Teil einer regional verankerten Struktur sollen gestärkt werden, ebenso die Verbindung zum Verbraucher durch die Förderung der lokalen Wochenmärkte. Auf allen Berliner Agrarflächen wollen wir eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die in der Stadt ihre Absatzmärkte findet und Voraussetzung für eine breite Artenvielfalt ist.

Der Tierschutz ist im Grundgesetz in Artikel 20a verankert, und wir haben die Pflicht, Tieren diese Rechte zu sichern. Maßnahmen sind zu ergreifen, die den Fleischkonsum in Berlin reduzieren, und höchste Standards beim Tierschutz umzusetzen.

Die Berliner Forste dienen neben der Holzgewinnung zeitgleich der Naherholung und müssen als CO₂-Speicher erhalten und finanziell gefördert werden. Bei der Aufforstung sollen zukünftig Mischwälder und keine Monokulturen entstehen. Die Berliner Stadtbäume, Hecken und Gehölze dienen vielen Tieren als Nistplätze und Lebensräume. Sie müssen daher strenger geschützt werden. Teile des Tempelhofer Feldes dienen bereits selten gewordenen Arten als innerstädtischer Rückzugsort. Wir wollen das Tempelhofer Feld im Ganzen erhalten, nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Tiere. Gewässer dienen als Lebensraum und geben den Menschen einer Stadt zeitgleich viel Lebensqualität, darum muss die Spree sauberer werden! Die Ziele und Maßnahmen der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie zur Herstellung



eines guten Zustandes von Oberflächen- und Grundwasser sind in der Stadtentwicklung endlich einzuhalten und bis 2027 umzusetzen.

Es gibt seit 2014 einen überarbeiteten Kernindikatorenbericht für die nachhaltige Entwicklung Berlins. Ebenso existiert ein Nachhaltigkeitsprofil für Berlin unter Einbeziehung diverser Interessensgruppen, in dem zahlreiche Bereiche und konkrete Projekte beschrieben werden, die zu einer stetigen Verbesserung beitragen sollen. Die ÖDP wird auf dieser Basis die ökologisch-soziale Nachhaltigkeit weiter vorantreiben.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Konsequenteren Maßnahmen beim Tierschutz und ein Verbot von Tierversuchen zu Forschungszwecken, Forderung nach einem Lehrstuhl für tierversuchsfreie Forschung.
- Breitere Absatzmärkte regional erzeugter Bioprodukte (in allen öffentlichen Kantinen, Stärkung von Wochenmärkten).
- Stadtweite Reduktion des Fleischverbrauchs in städtischen Organisationen und Unternehmen, zum Beispiel in Kantinen, bei Festen und Empfängen. Keine steuerliche Förderung auf Fleischgerichte in Kantinen. Einsatz ausschließlich artgerecht produzierter tierischer Lebensmittel und Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten in allen Mensen und Kantinen der Stadt.
- Unsere Stadt soll zukünftig einen Teil ihres Bedarfs an Nahrungsmitteln selber decken, etwa durch die Etablierung von Dachgewächshäusern und den Einsatz von Aquaponik für die Fischzucht.
- Förderung von Modellprojekten stadtnaher ökologischer Landwirtschaft
- Förderung und ökologische Weiterentwicklung von Kleingärten als Lebensraum zahlreicher Arten
- Das Thema " Biologische Vielfalt" muss dringend in die nachhaltige Stadtentwicklung integriert werden.



Mobilfunk – gesundheits- und umweltverträglich sowie datenschutzkonform gestalten

Die Funkbelastung stieg in Berlin in den letzten Jahren stark an, insbesondere durch den 5G-Mobilfunkausbau, aber auch durch den allgegenwärtigen Einsatz von WLAN, Bluetooth und Schnurlostelefonen.

Die in Deutschland viel zu hohen Mobilfunkgrenzwerte blenden vielfältige gesundheitliche Effekte aus. Die elektromagnetischen Felder (EMF) des Mobilfunks können bei Menschen, Tieren und Pflanzen zu erheblichen Risiken und Schäden, z. B. des Nerven- sowie des Hormonsystems, zu oxydativem Zellstress, zur Senkung der Fruchtbarkeit, Krebs und Erbgutschäden führen. Die Einführung des 5G-Mobilfunks erfolgte trotz erheblicher zu erwartender Folgen für Mensch und Umwelt ohne Technikfolgenabschätzung.

Der Ressourcenverbrauch wird durch 5G-fähige Fahrzeuge und die Nutzung internetbasierter Geräte („Smart Home“) stark wachsen. Hunderttausende zusätzliche Sendeantennen sind geplant. Die wertvollen Grundstoffe werden oft unter unmenschlichen Bedingungen mit schlimmsten Naturzerstörungen abgebaut. Der Energieverbrauch wird durch den explodierenden Datenaustausch weiter steigen, der Gerätemüll ebenso. Durch den Ausbau der 5G-Technologie wird diese Entwicklung befördert. Die Datenerfassung wird durch 5G und das „Internet der Dinge“ (IoT) rasant wachsen und damit das Risiko von Überwachungsstrukturen mit sich bringen: der Mensch wird immer gläserner.



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Absenkung des Grenzwertes für die Mobilfunkstrahlung auf $100 \mu\text{W}/\text{m}^2$ (statt bis zu 10 Mio. $\mu\text{W}/\text{m}^2$) als einklagbaren Schutzstandard sowie Schutz der Innenräume vor Durchstrahlung.
- Funkarme, notruffähige Kitas, Schulen, Kliniken und ÖPNV-Bereiche (wie in anderen Ländern umgesetzt), stattdessen Datenübertragung durch Lichttechnik (VLC, LiFi) oder Kabel; funkarme Gebiete („Weiße Zonen“) für elektrohypersensible Menschen (über 5% der Bevölkerung); Anerkennung der Elektrohypersensibilität als Krankheit (wie in der WHO, in Schweden und in Kalifornien); Anerkennung der klinischen Umweltmedizin als medizinische Fachrichtung; Einrichtung eines Lehrstuhls für biokonforme Elektrotechniken.
- Moratorium für den Ausbau von 5G-/6G-Mobilfunk, bis Risiken für Mensch und Umwelt durch unabhängige Wissenschaftler ausgeschlossen sind (Technikfolgenabschätzung).
- Schaffung eines gemeinsamen Netzes für alle Mobilfunkbetreiber als öffentlich-rechtliche Aufgabe.
- Umsetzung des deutschen und EU-Vorsorgeprinzips auch beim Mobilfunk.
- Umfangreicher und durchgängiger Datenschutz, hohe Sicherheitsstandards für digitale Geräte; Sicherung von Grundrechten bei der Digitalisierung (z. B. keine gläsernen Bürger/innen).



Impulse für Bildung, Kultur und Freizeit setzen

Bildung fördern, Kitas und Schulen stärken!

Laut des aktuellen Berichts der „Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin“ gibt kein Bundesland so viel Geld pro Schüler aus wie Berlin und kaum ein Land schneidet so schlecht ab. Zudem ist der Bedarf an Kita- und Schulplätzen in den letzten Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig gibt es einen riesigen Sanierungsstau bei Schulen. Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel für das spätere Leben - hier darf nicht gespart werden.

„Herz und Verstand“ auszubilden ist die wichtigste Aufgabe der Schulen, verfrühter oder übermäßiger Einsatz digitaler Medien, wie er neuerdings propagiert wird, lenkt genau davon ab und stört die Erziehung anstatt sie zu fördern. Die Grundschüler brauchen motorische und sinnliche Erfahrung und Teamarbeit mit echten Menschen, nicht mit Computern.

Die vielfältigen kulturellen Angebote und der hohe Freizeitwert machen Berlin zur attraktivsten Großstadt Deutschlands. Sie erhöhen die Lebensqualität für alle Berlinerinnen und Berliner. Leider sind in der Vergangenheit Grünflächen und lebenswerte Räume verloren gegangen. Um die Lebensqualität zu erhalten und gleichzeitig den Freizeitverkehr so gering wie möglich zu halten, sollten alle Bezirke ein vielfältiges kulturelles Angebot aufweisen. Grünflächen und Naherholungsgebiete sind konsequent auszubauen. Schaffung von Raum für Kulturschaffende und Gemeinschaftswerkstätten fördern.

Die ÖDP bekennt sich zur Freiheit der Kunst, Kultur, Karneval, Forschung und Lehre, Presse und Rede!



Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Einführung eines steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgebhalts, das echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung bietet.
- Verbesserte Instandhaltung der Bildungseinrichtungen für angenehmere Lernatmosphäre, Förderung von studentischem Wohnraum. Lernmittel sollen kostenlos zur Verfügung stehen und keine Finanzierung durch Kopiergeld.
- Schulunterricht für alle Sinne: Musisches, Medienkompetenz, Kochen können für alle Kinder, ein verstärktes Gewicht auf lebenskundliche Fächer wie Werken, Theaterunterricht, Anlegen eines Schulgartens. Erfahrung dabei von Selbstwirksamkeit und Freude am Genuss. Nebenbei können Einsichten in ökologische Zusammenhänge, (un-)fairen Welthandel, Tierschutz und Gesundheitsvorsorge gewonnen werden.
- Die ÖDP Berlin fordert, dass es in Schulen eine adäquate Personalstruktur von Pädagogen, Sozialarbeitern, Psychologen geben muss.
- Gewinnung von mehr Lehrkräften durch die Wiedereinführung der Möglichkeit zur Verbeamtung. Um Lehrkräfte auch aus anderen Bundesländern zu gewinnen, wird aufgrund des sehr angespannten Wohnungsmarktes eine Übernahme der üblichen Maklerkosten gewährt sowie ein Festzuschuss zum Umzug.
- Qualität vor Quantität bei den Kitas, Evaluierung der Qualität der Erziehung in den Kitas.
- Integration fördern heißt Sprachbarrieren abbauen: Frühe Bildungschancen für zweisprachige Kinder,



Fremdsprachförderung bei kleinen Kindern. In Eltern-Kind-Gruppen und vor allem in den Kindergärten sind solche Kinder durch geschultes Fachpersonal gezielt zu fördern, damit sie beide Sprachen beherrschen.

- Vorausschauende Planung für Hallen- und Jugendkultur, inklusive der Förderung von Zwischennutzungen. Förderung von Breitensport inkl. Kiezprojekten sowie Schwimmunterricht für Kinder und Jugendliche.
- Förderung von herkömmlichen Kunstformen wie Malerei und Bildhauerei, unter anderem durch bessere Ausstellungsmöglichkeiten, Förderung von Künstlern aller Altersgruppen.

